



Schaffhausen, 7. Juni 2024

MEDIENMITTEILUNG

Frühlingkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik in Schaffhausen

Für ein besseres Zusammenwirken von Gesundheitswesen und Sozialhilfe

Über 60 städtische Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Sozialdiensten befassten sich heute in Schaffhausen mit der Gesundheit von Sozialhilfebeziehenden. Es war unbestritten, dass es bei den Schnittstellen zwischen Sozial- und Gesundheitswesen noch Verbesserungsbedarf gibt. Profitieren würden nicht nur betroffene Klientinnen und Klienten, sondern auch die Fachleute beider Bereiche.

«Krankheit macht arm und Armut macht krank». Der Zusammenhang von Gesundheitsproblemen und einer wirtschaftlich prekären Lebenssituation stand im Fokus der heutigen Konferenz der Städteinitiative Sozialpolitik in Schaffhausen. Sozialdienste sind oft mit Klientinnen und Klienten mit Gesundheitsproblemen konfrontiert. Zugleich stellen auch Hausärztinnen und Hausärzte fest, dass sie viel Zeit aufwenden für soziale Probleme ihrer Patientinnen und Patienten.

Erfolgsversprechende Ansätze

Gastgeberin Christine Thommen, Sozial- und Sicherheitsreferentin der Stadt Schaffhausen, konnte auf das Projekt der «Regionalen Anlaufstellen» der Schweizerischen Gesundheitsligen-Konferenz verweisen. Erfahrungen aus dem Pilotprojekt in Schaffhausen zeigen, dass Klientinnen und Klienten stabilisiert werden können, die komplexe soziale und gesundheitliche Probleme haben. Christine Thommen betonte denn auch: «Erfolgsversprechend sind Ansätze, welche die soziale und medizinische Komponente verbinden und die Menschen individuell begleiten.»

Bereichernder Blick über die Grenzen

Annamaria Müller, Präsidentin des Schweizer Forums für integrierte Versorgung präsentierte in ihrem Blick über die Grenzen, wie andere europäische Länder die Vernetzung von Sozial- und Gesundheitswesen für vulnerable Personen angehen. Die Beispiele reichten vom privaten Gesundheitskollektiv in Neukölln, Deutschland, zu «Social Prescribing» in England (ärztliches Rezept für soziale Unterstützung) bis hin zum «Wohlfahrtszentrum» in Finnland. Müller wies darauf hin, dass Gesundheits- und Sozialsystem zusammenarbeiten müssen, da die komplexen Bedürfnisse der Betroffenen nicht an den heute bestehenden Systemgrenzen Halt machen.

Fokus auf psychische Belastungen

Die Städteinitiative Sozialpolitik wird das Thema Gesundheit und Sozialhilfe noch weiter vertiefen. Nicolas Galladé, Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik und Sozialvorsteher der



Stadt Winterthur, sagte in seinem Schlusswort: «Viele städtische Sozialdienste stellen fest, dass der Anteil der Menschen mit psychischen Problemen im Sozialhilfebezug steigt. Daher liessen wir zu diesem Thema eine Umfrage bei städtischen Sozialdiensten durchführen, deren Resultate Ende Oktober publiziert werden.» Die Städteinitiative Sozialpolitik fördert so den Wissensaufbau und -austausch unter den Städten und steht für eine innovative Sozialpolitik.

Tagungsunterlagen: [Gesundheit von Sozialhilfebeziehenden \(06/2024\) > Konferenzthemen | Städteinitiative Sozialpolitik \(staedteinitiative.ch\)](#)

Die **Städteinitiative Sozialpolitik** ist eine Sektion des schweizerischen Städteverbands und vertritt die sozialpolitischen Interessen von rund 60 Schweizer Städten aus allen Regionen. Sie setzt sich für ein kohärentes System der sozialen Sicherung und eine gute Zusammenarbeit von Städten, Bund und Kantonen ein.
staedteinitiative.ch